

## Abschiebungen Zurück ins Kriegsgebiet

Mindestens die Hälfte der Afghanen, die seit Dezember abgeschoben wurden, stammt aus heftig umkämpften Gebieten im Osten, Süden und Norden des Krisenstaats. In einer Liste, die der Grünen-abgeordnete Omid Nouripour einforderte, führt das Bundesinnenministerium erstmals auf, dass nur knapp 30 der 77 zurückgeführten Männer aus den relativ sicheren Großstädten wie Kabul, Herat oder Masar-i-Sharif stammen. Fast alle anderen kommen aus den Gebieten, die weitgehend von den Taliban kontrolliert werden oder in denen die afghanische Armee gegen die Extremisten kämpft. Die Bundesregierung hatte betont, dass Abschiebungen nach Afghanistan vertretbar seien, da es in dem Land auch sichere Regionen gebe. Folglich gebe es für die Personen aus den Kampfgebieten „innerstaatliche Fluchtalternativen“, die gesunden, allein stehenden Männern zumutbar seien. mgb



Masri

JOHANNES SIMON / GETTY IMAGES

## CIA Entführung ohne Folgen

Die Staatsanwaltschaft München I hat ihre Ermittlungen gegen 13 mutmaßliche CIA-Agenten eingestellt, die 2004 an der Entführung des Deutschlibanesen Khaled el-Masri beteiligt gewesen sein sollen. Es sei eine „Verfolgungsverjährung“ eingetreten, teilte die Behörde dem Anwalt Masris, Manfred Gnjdic, mit. Die CIA hatte Masri Ende 2003 im Rahmen des „Extraordinary Rendition“-Programms der damaligen US-Regierung unter George

W. Bush als Terrorverdächtigen ohne Rechtsgrundlage entführen lassen. Über Skopje war er in ein Geheimgefängnis in Afghanistan gebracht worden, wo er nach eigenen Aussagen gefoltert wurde. Erst Ende Mai 2004 kehrte er nach Deutschland zurück. 2007 wurden Haftbefehle gegen die mutmaßlichen CIA-Mitarbeiter, elf Männer und zwei Frauen, erlassen. Rechtsanwalt Gnjdic prüft, ob er gegen die Einstellung Beschwerde einlegen wird. Er habe den Verdacht, „dass die Staatsanwaltschaft schon seit Jahren nicht mehr ernsthaft in dem Fall ermittelt hat“. kno

## Verkehr Ungeliebte Elektroautos

Mit 4000 Euro fördert die Bundesregierung den Kauf eines Elektroautos – trotzdem haben die Deutschen kaum Interesse. Nur ein Viertel der Bürger finde es reizvoll, aufgrund dieser Umweltprämie ein Elektroauto zu kaufen. Das ergibt eine Allensbach-Umfrage für die Bundesregierung. Die Befragung belegt laut Allensbach generell, „dass Elektroautos derzeit in der Bevölkerung an Attraktivität verlieren“. 39 Prozent empfinden Elektroautos demnach als „zu teuer“, 20 Prozent beklagen die geringe Reichweite, 17 Prozent finden, dass es zu wenig Aufladestationen gebe. „Deutlich mehr als finanzielle Anreize könnten Verbesserungen der Technik die Attraktivität

der Elektroautos erhöhen“, so lautet das Fazit der Meinungsforscher. Gäbe es an jeder herkömmlichen Tankstelle Schnellladestationen, wäre das Interesse deutlich höher. Die Allensbach-Analyse liegt der Regierung seit Oktober 2016 vor, wurde aber erst jetzt freigegeben. hor



Aufladestation auf Automesse

RENE SPRALEX / BILDERBERG

## Bundeskriminalamt Viele Hinweise auf Kriegsverbrechen

Das Bundeskriminalamt (BKA) haben im vorigen Jahr 1629 Hinweise auf Verstöße gegen das Völkerstrafgesetzbuch erreicht. Dazu zählen Kriegsverbrechen, Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Aus der als Verschlussache eingestuft Lageübersicht „Kriminalität im Kontext von Zuwanderung“ für 2016 geht hervor, dass die meisten der gemeldeten Taten in Syrien und im Irak stattgefunden haben sollen. Die deutschen Behörden haben die Taten grundsätzlich zu verfolgen – unabhängig davon, wo sie begangen wurden. Von 236 Hinweisen auf Verdächtige befänden sich noch 166 in Bearbeitung, heißt es in dem Bericht. kno

## Freizeitbeschäftigung Game over

Unter den deutschen Soldaten im Kosovo herrscht Unmut über das Einsatzführungskommando in Potsdam – wegen ihres Internetzugangs. Zwar dürfen die Kameraden täglich mindestens eine Stunde lang über den Anschluss der Bundeswehr ins Netz. Das ist den meisten Soldaten in der ehemaligen Krisenregion am Balkan allerdings zu wenig oder zu langsam. Deshalb haben sie mit dortigen Providern privat Verträge über schnellere Verbindungen geschlossen. Die Daten wurden über den Router der Truppe übertragen, was nun auf Weisung aus Deutschland unterbunden wurde – aus Kapazitätsgründen, wie es aus dem Verteidigungsministerium heißt. Der Kommandeur in Prizren hat daraufhin in Potsdam protestiert. Er beklagt „völlig befremdliches Handeln“ und fragt in einem Schreiben von Ende März, wo „hier die



Bundeswehrsoldat im Kosovo

MARKO DJURICA / REUTERS

Pflicht zur Kameradschaft geblieben“ sei. Vor allem das Freizeitvergnügen der Soldaten leide unter der Anordnung: „Für Spielkonsolen, die in den Betreuungseinrichtungen oder in den Unterkünften genutzt werden, können keine Updates mehr gefahren werden.“ Die Militärführung bleibt bislang hart, auch wenn die oberste Dienstherin Ursula von der Leyen (CDU) eine Attraktivitäts-offensive gestartet hat, die mit WLAN und Flachbildschirmen für die Soldatenstuben wirbt. Die „Sicherstellung der Grundversorgung“, also die Gesprächszeit zu den Angehörigen, gehe vor, erklärte ein Ministeriumssprecher. gt